Heute mit 8 Seiten extra jW Wochenendbeilage »faulheit & arbeit«

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

MATTHIAS REICHELT

»Klassische Musik ist ein Fake«

jW-Gespräch mit Berthold Seliger. Über sein Buch »Klassikkampf« und die Sinnsuche der Oberschicht, Beethoven und Aufklärung, die Händel-Renaissance in der DDR und HipHop von heute.

» faulheit & arbeit

GEGRÜNDET 1947 · **SA./SO., 24./25. MÄRZ 2018, NR. 71** · 2,00 EURO (DE), 2,20 EURO (AT), 2,60 CHF (CH) · **PVST A11002** · ENTGELT BEZAHLT WWW.JUNGEWELT.DE

Vertagter Konflikt
Trump verschiebt Entscheidung über Strafzölle für EU-Produkte und nimmt zunächst China ins Visier **3**

Politischer Marathon
Tausende Sportler nahmen am traditionellen Lauf durch das palästinensische Bethlehem teil **7**

Mäßige Erfolge
Auflagen von Zeitungen sinken. Mit Bezahlinhalten im Netz wollen Verleger gegenhalten **12**

Verhängnisvolles Votum
Atombewaffnung der Bundeswehr vor 60 Jahren beschlossen. SPD verhinderte Widerstand **15**

REUTERS/JONATHAN ERNST

Personal für den Krieg

US-Präsident Donald Trump bringt seine Regierungsmannschaft auf Kurs. Scharfmacher John Bolton wird neuer Sicherheitsberater. **Von Knut Mellenthin**

Altgedienter Kriegstreiber: John Bolton am 27. Juli 2006 in Washington

Donald Trump vervollständigt sein Kriegskabinett. Nach der Ablösung von Außenminister Rex Tillerson Anfang voriger Woche will der US-Präsident jetzt den berüchtigten Neocon-»Falken« John Bolton zu seinem Nationalen Sicherheitsberater machen. Ebenso wie Tillersons Nachfolger, CIA-Chef »Mike« Pompeo, darf auch Bolton sein neues Amt nur mit Zustimmung des Senats antreten.

Dafür müssen sich beide Kandidaten Befragungen im Außenpolitischen Ausschuss des Senats stellen. Pompeo bekam dort im Januar 2017 für seine Ernennung zum Leiter des Auslandsgeheimdienstes mit 66 gegen 32 Stimmen ein erstaunlich deutliches Votum des Senats. Auch sein Umzug ins State Department wird voraussichtlich nicht auf großen Widerstand stoßen. Anders sieht es bei Bolton aus, der im Dezember 2006 nach nur 17 Monaten seinen Posten als Botschafter der USA bei den Vereinten Nationen aufgeben musste, weil der Senat seine Ernennung durch George W. Bush nicht akzeptieren wollte.

Bolton hat einen langen Vorlauf als Kriegstreiber, der schon mit dem ersten Irak-Krieg 1991 begann. Als Unterstaatssekretär für Rüstungskontrolle im Pentagon von Mai 2001 bis Juli 2005 war er maßgeblich an der Entscheidung zum Überfall auf den Irak im März 2003 beteiligt. Weniger bekannt ist, dass er in dieser Funktion auch an der Zerstörung des Atomabkommens mitwirkte, das die USA 1994 unter Präsident »Bill« Clinton mit der Demokratischen Volksrepublik Korea (DVRK) vereinbart hatten.

In jüngerer Zeit setzte sich Bolton für Militärschläge gegen den Iran und die DVRK ein. Im März 2015 forderte er während des letzten Stadiums der Wiener Verhandlungen in einem Gastkommentar für die *New York Times* zu Bombenangriffen auf die iranischen Nuklearanlagen auf. Bolton berief sich für diese Empfehlung auf die Zerstörung der Atomreaktoren im Irak 1981 und in Syrien 2007 durch die israelische Luftwaffe. Am 1. März dieses Jahres veröffentlichte das *Wall Street Journal* einen Kommentar Boltons, in dem er die »Rechtmäßigkeit« eines »Erstschlags« gegen Nordkorea verteidigte. Auch darin bezog sich der Autor, der seit Jahrzehnten intensive Beziehungen zur israelischen Rechten pflegt, auf die Vorbilder von 1981 und 2007. In diesem Zusammenhang ist nicht uninteressant, dass sich die israelische Regierung am Mittwoch erstmals zu ihrer damaligen Aktion gegen Syrien bekannte und damit scharfe Drohungen gegen Teheran verband.

Trump wird in den nächsten Wochen entscheiden müssen, wie er die Konflikte mit der DVRK und dem Iran fortsetzen will. Dafür setzen die Ablösung Tillersons, der immer wieder mäßigend auf den Präsidenten eingewirkt hatte, und besonders die Nominierung des konstanten Kriegstreibers Bolton zum Nationalen Sicherheitsberater alarmierende Signale. Dass Trump einem Gipfeltreffen mit dem nordkoreanischen Partei- und Staatsführer Kim Jong Un zugestimmt hat, kann nicht beruhigen: Die Zuversicht des US-Präsidenten, Kim sei aufgrund der gegen ihn praktizierten »Politik des maximalen Drucks« so eingeschüchtert, dass er nur darauf warte, seine Atomwaffen abzuliefern und sein gesamtes Nuklearprogramm zu verschrotten, beruht wahrscheinlich auf Illusionen. Wenn diese Selbsttäuschung zusammenbricht, könnte Bolton mit seinen Ratschlägen zum Zuge kommen.

Patrouillenboote für Saudi-Arabien

Erneut Rüstungslieferung an das Königreich genehmigt, Bundeswehreinsätze ausgeweitet

Ungeachtet der Tatsache, dass Saudi-Arabien seit 2015 gegen Jemen Krieg führt, hat die Bundesregierung erneut eine Rüstungslieferung an das Königreich genehmigt. Diesmal handelt es sich um acht Patrouillenboote, wie Wirtschaftsminister Peter Altmaier (CDU) nach einem Bericht der *Deutschen Presseagentur* dem Wirtschaftsausschuss des Bundestags mitteilte – das Schreiben liege der Redaktion vor, hieß es am Freitag. Die Boote werden demnach auf der Lürssen-Werft im vorpommerschen Wolgast gebaut. Union und SPD hatten sich in den Koalitionsverhandlungen auf einen Exportstopp für alle Länder verständigt, die »unmittelbar« am Jemen-Krieg beteiligt sind. Es wurde aber ein Bestandsschutz für bereits erteilte Vorgenehmigungen in den Koalitionsvertrag eingebaut.

Diese Klausel wurde jetzt offensichtlich bei den Patrouillenbooten angewendet. In Wolgast hängen angeblich rund 300 Arbeitsplätze an dem Auftrag aus Saudi-Arabien. Nach den Rüstungsexportrichtlinien der Bundesregierung darf dies aber nicht entscheidungsrelevant sein. Es soll ganz nach sicherheitspolitischen Kriterien entschieden werden. Zur Erinnerung: Personen, deren Ideologie in Saudi-Arabien staatstragend ist, werden hier polizeilich als islamistische »Gefährder« eingestuft, wenn sie verdächtigt werden, sich Waffen zulegen zu wollen.

Erst am Donnerstag abend hatte der Bundestag der Ausweitung von zwei Bundeswehr-Einsätzen zugestimmt, die angeblich der Bekämpfung des Terrors dienen. Mit den Stimmen der großen Koalition wurden eine Truppenaufstockung in Afghanistan und eine Erweiterung der Ausbildungsmission im Irak auf das ganze Land beschlossen. Bislang hatte die Bundeswehr vor allem die Peschmerga der konservativen kurdischen Regionalregierung im Nordirak unterstützt, nun will sie auch die irakische Zentralregierung in Bagdad beraten und für sie ausbilden. Die neue Mandatsobergrenze liegt bei 800 deutschen Soldaten.

Für den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr wurde eine Truppenaufstockung von bislang höchstens 980 Soldaten auf bis zu 1.300 beschlossen. (dpa/jW)

Jetzt drei Wochen gratis lesen!

Zeit, sich ein anderes *Bild* von der *Welt* zu machen.

■ jungewelt.de/probeabo

EU bietet London Freihandelsabkommen an

Brüssel. Die EU-Staaten haben sich darauf geeinigt, Großbritannien nach dem »Brexit« ein Freihandelsabkommen anzubieten. Auf dem EU-Gipfel in Brüssel verabschiedeten sie am Freitag die Leitlinien für die nächste Etappe der Verhandlungen. Londons EU-Austritt ist für Ende März 2019 geplant. Großbritannien wünscht sich eine Partnerschaft, die weit über ein herkömmliches Freihandelsabkommen hinausgeht: Einzelne Branchen sollten die EU-Regeln weiter einhalten und damit faktisch weiter an den EU-Binnenmarkt angelehnt bleiben. Mehr als ein Freihandelsabkommen sei jedoch nicht möglich, da London nicht nur aus der EU, sondern auch aus dem gemeinsamen Binnenmarkt und der Zollunion austreten wolle, so die EU. (dpa/jW)

■ Siehe Seiten 3, 8 und 9

Konsularischer Schutz: Bundesrat billigt Gesetz

Berlin. Im Notfall können Deutsche im Ausland den Schutz von Konsulaten anderer EU-Staaten in Anspruch nehmen, wenn Deutschland im Drittland konsularisch nicht vertreten ist – und umgekehrt. Der Bundesrat ließ entsprechende Gesetzespläne am Freitag passieren, damit eine EU-Richtlinie zum Schutz von EU-Bürgern in außereuropäischen Staaten in deutsches Recht umgesetzt wird. Durch die Gesetzesänderung sollen alle EU-Bürger gleichgestellt werden. Wenn ein deutscher Staatsbürger im Ausland Hilfe benötigt, es dort aber keine deutsche Botschaft gibt, kann er bereits jetzt die konsularische Unterstützung anderer EU-Mitgliedsstaaten in Anspruch nehmen. (dpa/jW)

Zeitumstellung

Liebe Leserinnen und Leser! An diesem Sonntag werden die Uhren von zwei Uhr auf drei Uhr vorgestellt. Die Sommerzeit gilt bis Sonntag, 28. Oktober. (jW)

jW wird herausgegeben von 2.095 Genossinnen und Genossen (Stand 20.3.2018)

■ www.jungewelt.de/lpg

60012
4 198625 902000